

**"Diese Forschung konnte mit Unterstützung des ungarischen Staates und der Europäischen Union, in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds, durch die im Rahmen des Projektes TÁMOP 4.2.4.A-1 ausgeschrieben Stipendienförderung verwirklicht werden."**

## **Über die Problematik der Finanzierung und der rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich erneuerbarer Energie in Ungarn**

**von Daniel Tubik**

Die grundlegende Frage der Finanzierung von erneuerbaren Energie-Projekten in Ungarn ist die Beschaffung der Mittel für die einzelnen Projekte. Der Projektherr könnte zum Beispiel eine komplette Eigenfinanzierung vornehmen, was sich jedoch bei den für die Gesamt-Energieversorgung maßgeblichen Projekten in Ungarn schwierig durchsetzen wird, schon wegen der oft stark limitierten Eigenmittel. Worauf solche Projekte eigentlich hauptsächlich bauen können, sind somit staatliche Fördermittel und/oder externe Finanziers (in erster Linie Banken).

Zudem sind generell drei Arten von Projekten zu unterscheiden. Es gibt herkömmliche Projekte, bei denen das Ziel die Konstruktion und der Bau eines Kraftwerkes ist, wie z. B. ein Windpark. In Ungarn vom Staat bevorzugt sind zudem traditionelle Programme für die breite Bevölkerung, wie effizienzsteigernde Dämmungen oder Modernisierungen von Heizsystemen. Eine dritte Projektart kann aufgrund ihrer speziellen Form der Finanzierung identifiziert werden, die in Ungarn vor allem von Kommunen und staatlichen Behörden genutzte ESCO-Finanzierung (ESCO steht für Energy Service Companies). Hierbei handelt es sich um ein Modell, das besonders für mit verhältnismäßig weniger Liquidität ausgestattete Institutionen vorteilhaft ist. Ein Energieunternehmen (ein ESCO) optimiert den Energieverbrauch eines Haushaltes oder Unternehmens, indem es notwendige Investitionen vornimmt, bei denen es auch selbst die Kosten trägt. Die Gewinne aus dem gesunkenen Energieverbrauch (also die faktischen Einsparungen) kriegt demnach zum Teil das Finanzierungsunternehmen, wodurch sich die Investition für beide Seiten rechnet.

Diese drei Formen sind mit unterschiedlicher Intensität in ganz Europa vorhanden, jedoch unterscheiden sich die Rahmenbedingungen von Land zu Land wesentlich, so ist auch Ungarn ein Fall für sich. All diese Investitionsarten haben jedoch eins gemeinsam: es handelt sich bei allen um Maßnahmen, für die Vertrauen maßgeblich ist. Dementsprechend führt das Fehlen von verbindlichen Sachbearbeitungsfristen, die unangemessenen Netzwerkkapazitäten und die Unüberschaubarkeit des Genehmigungsprozesses zum Zögern der Investoren der Branche, meinten zumindest mehrere Vorsitzende von in Ungarn tätigen Energieunternehmen auf der Budapester Konferenz Green Energy Investment Forum 2012.

**"Diese Forschung konnte mit Unterstützung des ungarischen Staates und der Europäischen Union, in Kofinanzierung des Europäischen Sozialfonds, durch die im Rahmen des Projektes TÁMOP 4.2.4.A-1 ausgeschrieben Stipendienförderung verwirklicht werden."**

Die ungarische Regierung ihrerseits ist in der Frage der Finanzierung gespalten. Einerseits ist im *Ungarischen Aktionsplan für die Nutzung erneuerbarer Energien 2010-2020* viel von guten Vorsätzen, jedoch relativ wenig von konkreten Zahlen zu lesen. Zudem ist die Tatsache, dass die Regierung immer konkreter darauf hinarbeitet, das ungarische Atomkraftwerk Paks auszuweiten, nicht gerade ein Garant dafür, dass ausreichend Finanzmittel für die Förderung der geplanten Biomasse-Anlagen und Windparks bleiben. Das größte Hindernis ist aber das Fehlen des sogenannten METÁR-Systems, das die Festlegung des Übernahmepreises für alternativ erzeugte Energieträger ab 2013 regeln sollte. Das METÁR-System ist jedoch zurzeit noch immer nicht in Kraft getreten, was für immense Unsicherheit seitens der potentiellen Investoren sorgt. Die Regierung hat die angeblich schon fertige Version des METÁR-Systems nochmal zur Überarbeitung an das zuständige Ministerium zurückgeschickt, was die Realisierung auf unbestimmte Zeit verschoben hat. So sind die Aussichten für die nahe Zukunft weiterhin ungewiss.

Zum Gesamtbild gehört auch, dass mit dem Energiekosten-Reduzierungsplan der Regierung für die Haushalte ("Rezsicsökkentés") das sonst halbwegs stabile System der Übernahmepreise durcheinander geraten ist. Ungarische Kraftwerke, die erneuerbare Energie erzeugen, bekommen weiterhin den zweifachen Übernahmepreis von der zuständigen ungarischen Behörde, der Ungarischen Energiebehörde (Magyar Energiahivatal) anerkannt, soweit hat sich auch nichts geändert. Nur dass bis jetzt alle Energieverbraucher (also Industrie sowie Haushalte) für den so teureren Ökostrom mitbezahlt haben, indem sie einen festgelegten Anteil ihres Verbrauches aus Ökostrom decken mussten. Ab jetzt gilt diese Verpflichtung aber nur für Unternehmen, Haushalte müssen nicht mehr mitzahlen. So gelang es zwar, die Nebenkosten der Haushalte wirklich zu senken, den Unterschied müssen jetzt aber die Unternehmen mehr zahlen. Die Regierung versucht natürlich die Energiepreise auch für Unternehmen niedrig zu halten; eine wichtige Frage bleibt aber die Realisierbarkeit dessen im Lichte der Umgestaltung des Systems.

Es ist also klar, dass die Finanzierung erneuerbarer Energie in Ungarn weiterhin schwierig und riskant bleibt, die Zukunft liegt hierbei in erster Linie in der Hand des Gesetzgebers, der sicherlich viel für die gute Laune der wichtigen Investoren tun kann.